

Neue Qualität der Bürgerbeteiligung für die stadträumliche und soziokulturelle Gestaltung des Ortsteilzentrums Karlshorst - DS 818/VI –

Henriette van der Wall, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Stellungnahme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses Stadtentwicklung; Bauen und Verkehr an die Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg von Berlin am 23.10.2008, diesen Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen abzulehnen

Herr Vorsteher, sehr geehrte Damen und Herren,

Neue Qualität der Bürgerbeteiligung in Karlshorst in Anlehnung an das Verfahren Bürgergutachten – so lautet unser Antrag.

Warum hatten wir diesen Antrag gestellt? Es gibt dafür einige Gründe, wie die gravierenden Probleme in Karlshorst durch die Verkehrsbelastung und divergierende Auffassungen, wie sie gelöst werden sollen, große Veränderungen in kultureller Hinsicht, Vorhaben, stadträumliche Strukturen zu verbessern und, nicht zuletzt, eine sehr engagierte Bürgerschaft.

Das alles sind gute Voraussetzungen, um Bürger an der Vorbereitung an Entscheidungen qualifiziert zu beteiligen und dadurch Potenziale zu nutzen, die sonst brach liegen. Lichtenberg hat sich das Ziel Bürgerkommune gesetzt. Was anderes bedeutet das, als die Bürger in die Vorbereitung von Entscheidungen einzubeziehen. Also, ihnen die Möglichkeit zu geben, verschiedene Varianten eines Sachverhaltes miteinander zu diskutieren, um tragbare, alltagstaugliche Lösungen zu erarbeiten. Beim Bürgerhaushalt hat man sich das auf die Fahnen geschrieben – bis das so funktioniert, wie es sich seine Protagonisten vorgestellt haben, wird es wohl noch eine Weile dauern.

Um auch dafür Anregungen zu bekommen, wäre das von uns vorgeschlagene Beispiel vielleicht eine gute Übung. Doch dieser Antrag soll nun heute abgelehnt werden. Und das, obwohl kaum einer von denjenigen, die für seine Ablehnung votiert haben, dieses Verfahren überhaupt kennt. Auch die in der Sitzung des Ausschusses Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr abgegebenen Begründungen zeigten, dass die allgemeine Methode mit dem konkreten Anlass, über den es hier in Lichtenberg bereits Erfahrungen gibt, gleichgesetzt wurde. Ein Sachverhalt, der einen schon etwas in Erstaunen setzt.

Die zweite Begründung war, dass ja ein Ergebnis des Bürgergutachtens Fennpfuhl, das Kaufhaus am Anton-Saefkow-Platz zu erhalten, durch den Betreiber nicht realisiert wurde. Diese Haltung ist genauso unverständlich, da ein allgemeines Interesse an einem attraktiven Einzelhandelsangebot an diesem Standort besteht, wie man jüngst wieder aus der Presse entnehmen konnte.

Diese ablehnende Haltung gegenüber der Nutzung dieses Verfahrens in Karlshorst ist auch vor dem Hintergrund unverständlich, dass das Bezirksamt die Soziokulturellen Zentren stärker in die Organisation von Bürgerbeteiligungen einbeziehen will. Das heißt ja, das BA selbst möchte die Erfahrungen und Potenziale vor Ort besser und qualifizierter nutzen. Also sollte man es auch beauftragen, entsprechende Verfahren anzuwenden.

Die gegenwärtige Verfahrensweise der Information und der kleinteiligen Absprachen kann nicht dazu führen, eine für alle verträgliche Lösung zu finden, die Wahrscheinlichkeit, dass viele Bürger sich vor den Kopf gestoßen fühlen werden, ist jedoch gegeben.

Ich möchte Sie, verehrte Verordnete deshalb bitten, die Ablehnung unseres Antrages nicht zu unterstützen, sondern diese Gelegenheit zu nehmen, die bereits mehrfach auch in diesem Raum geäußerten Anregungen aufzugreifen und mittels unseres Antrages eine Diskussion zu Inhalt und Verfahren der Bürgerbeteiligung anzustoßen.

Ergebnis. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt